

Welche Strategie für die Staatsausgaben ?

Les notes du conseil d'analyse économique, no 43, Juli 2017

Seit dreißig Jahren steigen öffentliche Ausgaben in Frankreich, und erreichten 57% des BIP in 2015 (vergleichbar zu Dänemark und Finnland), gegen 48,5% im Durchschnitt in OECD-Ländern. Staatsausgaben sind höher in Frankreich für die meisten Ausgabenposten, insbesondere betreffend Wirtschaft und Sozialschutz.

Die „angemessene“ Höhe der Staatsausgaben ist von den auf die obligatorischen Zahlungen, Haushaltsbilanz, und Staatsverschuldung zurückführenden Belastungen bestimmt. Bei einem Verschuldungsstand annähernd 100% des BIP, eine 1% Erhöhung des Zinssatzes würde langfristig das Budget für Bildung und Forschung kosten. Das Hauptanliegen der Senkung der Staatsausgaben ist dem französischen Staat einen erweiterten Handlungsspielraum zu bieten, um Investitionen in Wachstumsbereichen zu fördern.

Da jedoch so eine Senkung nicht automatisch durch eine Erhöhung der privaten Ausgaben ausgeglichen wird, kann sie sich negativ auf die Aktivität auswirken. Allerdings ist dies sehr unterschiedlich, je nach Art der betroffenen Ausgaben und je nachdem, wie das Programm angekündigt und gesteuert wird. Diese *Note des CAE* zeigt, dass eine umfassende Senkung der öffentlichen Ausgaben mit einer Wachstumserholung kompatibel ist, wenn sie selektiv und strukturell ist, und von einem umfassenden zeitbedingten Investitionsprogramm begleitet wird.

Die Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass die Staatsausgaben nicht der einzige Aktionshebel sind: eine Kosten-Nutzen Analyse aller staatlichen Politiken muss durchgeführt werden, um Umfang und Instrumente des staatlichen Handelns neu zu definieren. Alle Interventionsbereiche, inklusive „Prioritätsbereiche“, müssen gleichmäßig von der Bewertung betroffen werden.

Um erfolgreich zu sein, muss die Umgestaltung des staatlichen Vorgehens die Priorität der Regierung werden: der Premier Minister muss den Prozess leiten, ihn durch eine umfangreiche Kommunikation begleiten, und alle Minister und Administrationsdirektoren in die Definierung des Programmes und Zeitplanes miteinbeziehen. Eine spezifische Steuerung mit geeigneten Anreizen sollte für die regionalen Gebietskörperschaften und Ämter in den Prozess eingeführt werden.

Sowohl Zahlungsempfänger als auch die öffentliche Verwaltung werden durch den Prozess betroffen. Vorrübergehende Einrichtungen zur Entschädigung der « Benachteiligten » und flankierende Mobilitäts- und Weiterbildungs-Maßnahmen für öffentliche Beamte müssen dementsprechend eingeführt werden. Dieses Programm sollte als Investition begutachtet werden, mit einem dementsprechenden Budget.

Das Hauptanliegen der Haushaltsanpassung ist dem französischen Staat einen erweiterten Handlungsspielraum zu bieten, so dass er in Wachstumsbereiche investieren, effiziente öffentliche Politiken bieten, den Steuerdruck limitieren, und den fragilen Gruppen der Bevölkerung Schutz in Anbetracht struktureller Veränderungen bieten kann.

Diese Note zielt auf eine Darstellung der notwendigen Bedingungen für eine positive und erhebliche Reduzierung der Staatsverschuldung in Frankreich ab. Das Prinzip basiert auf der Identifizierung von kosteneffizienteren Aktionshebeln und der Übernahme von den Haushaltsanpassungserfahrungen in anderen Ländern, ohne die Ziele der öffentlichen Politik zu verändern.

Dieser Bericht gibt die persönliche Meinung der Autoren wieder und nicht notwendigerweise die des Rates

^a Telecom ParisTech, Mitglied des CAE ; ^b Conseil économique pour le développement durable, Korrespondent der CAE ;
^c Bocconi Universität (Italien) ; ^d OFCE, Sciences po, CNRS, Mitglied des CAE.

Die Empfehlungen

Empfehlung 1. Eine Kosten-Nutzen Analyse aller staatlichen Politiken einzuführen; und verschiedene Szenarien zur Kostensenkung oder zur Neudefinierung des Umfangs der staatlichen Politik zu fördern.

Empfehlung 2. Die Umgestaltung des staatlichen Vorgehens, unterstützt durch ein starkes Engagement des Premier Ministers und eine gut definierte Kommunikationsstrategie, als erstrangige Priorität der politischen Agenda zu definieren. Alle Ministerien und Administrationsdirektoren in die Definierung eines kohärenten und umfassenden Programmes miteinzubeziehen.

Empfehlung 3. Auf die makroökonomische Kurseinhaltung der Haushaltsanpassung zu achten, z.B. durch eine Anpassung des öffentlichen Investitionsprogramm an die Evolution des Wirtschaftswachstums.

Empfehlung 4. Vorrübergehende Einrichtungen zur Entschädigung der « Benachteiligten » einzuführen, und öffentlichen Beamten flankierende Mobilitäts- und Weiterbildungs-Maßnahmen zur Besetzung freier Stellen zu bieten.



**conseil d'analyse
économique**

Der Conseil d'Analyse Économique (CAE) wurde im Auftrag des französischen Premier Ministre gegründet und soll durch die Gegenüberstellung der Gesichtspunkte und Analysen der Mitglieder des CAE ein besseres Verständnis der Entscheidungen der französischen Regierung im Wirtschaftssektor ermöglichen.

Stellvertretende Vorsitzende Agnès Bénassy-Quéré

Generalsekretär Hélène Paris

Wissenschaftliche Berater

Kevin Beaubrun-Diant,
Jean Beuve, Clément Carbonnier,
Manon Domingues Dos Santos

Forschungsassistent

Amélie Schurich-Rey

Mitglieder Yann Algan, Maya Bacache-Beauvallet,
Olivier Bargain, Agnès Bénassy-Quéré,
Stéphane Carcillo, Anne-Laure Delatte, Élise Huillery,
Étienne Lehmann, Yannick L'Horty, Philippe Martin,
Corinne Prost, Xavier Ragot, Jean Tirole, Farid Toubal,
Natacha Valla, Reinhilde Veugelers

Korrespondenten

Dominique Bureau, Anne Perrot

Veröffentlichungsdirektor Agnès Bénassy-Quéré

Chefredakteur Hélène Paris

Elektronische Veröffentlichung Christine Carl

Pressekontakt Christine Carl

Ph: +33(0)1 42 75 77 47
christine.carl@cae-eco.fr